



Berichte über Landwirtschaft

Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft

BAND 97 | Ausgabe 2

Agrarwissenschaft
Forschung

Praxis

Die Probleme der Anderen: Sind Landwirte für den ländlichen Raum zuständig?

Von Lioudmila Chatalova und Axel Wolz

1 Ländlicher Raum: Hohe Erwartungen, schwache Strukturen, dringender Handlungsbedarf

Die ländlichen Räume in Deutschland haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Dieser Wandel wird vor allem durch zwei ineinandergreifende Prozesse bestimmt: Die wechselvolle Entwicklung der Ländlichkeit und die rasanten Strukturveränderungen im landwirtschaftlichen Sektor. Die Regionen, die man heute als ländlich oder überwiegend ländlich bezeichnet, weisen eine breite Vielfalt auf. Sie unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer geographischen Lage, die das Landschaftsbild und die Nähe zu Ballungsorten bestimmt. Auch ihre Ausstattungen mit harten Standortfaktoren (wie Infrastruktur und Kaufkraft) und weichen (wie Lebensqualität und Umweltsituation) variiert deutlich. Ungeachtet der Unterschiede erlebt jede Region ein Nebeneinander von Schrumpfen und Wachsen sowie ein wirtschaftliches Auf und Ab. So kommt die Langzeitstudie zu ländlichen Lebensverhältnissen zu dem Ergebnis, dass in den letzten sieben Jahrzehnten ganz unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten waren (BMEL 2015). Weitere Studien zeigen außerdem, dass mit Ländlichkeit allein nicht automatisch sozioökonomische Problemlagen einhergehen (BARLÖSIUS und NEU 2008; KÜPPER 2016).

Obwohl heute dem ländlichen Raum insgesamt eine schwierige Zukunft prognostiziert wird (BBSR 2012; KRÖHNERT et al. 2011), bleibt sein öffentliches Bild positiv. So halten 69 % der Deutschen den ländlichen Raum für einen besonders attraktiven Lebensort, 41 % für ihren bevorzugten Arbeitsort; für die meisten Deutschen (85 %) ist er ein wichtiger Erholungs- und Freizeitort (BMEL 2016a). Zugleich geben viele aktuelle Entwicklungen Grund zur Sorge. Während im Umfeld von wirtschaftlich starken Städten in Bayern, Baden-Württemberg, im westlichen Niedersachsen oder um Hamburg die Bevölkerungszahl wächst, dünnen viele ländliche Regionen wie z.B. in Ostdeutschland aber auch um die ehemaligen Bergbauregionen im Westen (Saarland und Ruhrgebiet) weiter aus, demografisch wie wirtschaftlich (Balmann et al. 2017; BBSR 2017; vgl. Abbildung 1). So verlassen besonders die jungen, gut gebildeten und weiblichen Bewohner die wirtschaftlich schwachen ländlichen Räume, und es

verbleibt eine stetig schrumpfende Bevölkerung mit einem überproportionalen Anteil von älteren und männlichen Bewohnern (BBSR 20017). In solchen Regionen verlieren Kommunen verlieren aufgrund von sinkenden Steuereinnahmen ihre Finanzkraft und können immer weniger Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge erbringen (ebd.). Kleine und mittlere Unternehmen wie Handwerksbetriebe, Lebensmittelläden und Arztpraxen, die das sozioökonomische Rückgrat der ländlichen Regionen bilden, schließen oder finden keine Nachfolger (WOLZ et al. 2014; KÜPPER und STEINFÜHRER 2017).

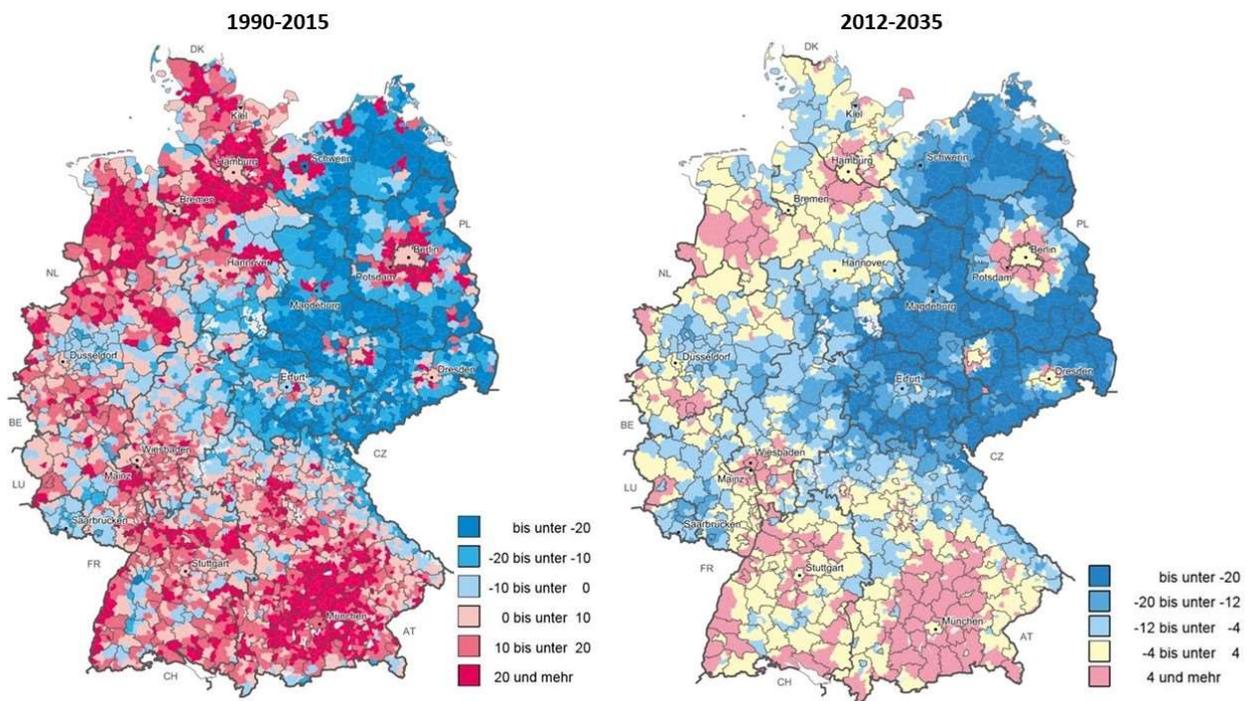


Abbildung 1: Veränderung der Bevölkerungszahl in 1990-2015 und Prognose für 2012-2035 in %
Quelle: BBSR (2017).

Die einzigen wirtschaftlichen Unternehmen auf lokaler Ebene sind dann oft landwirtschaftliche Betriebe. Deren Zahl nimmt jedoch kontinuierlich ab, die Größe dagegen zu, und die Produktionsweisen werden immer industrieller. Nicht selten werden die verbliebenen Betriebe in die vor- und nachgelagerten Bereiche integriert. Infolge dessen wandelt sich die gesellschaftliche Wahrnehmung moderner Landwirtschaft. Auf Seiten vieler Verbraucher macht sich ein emotionales Unbehagen an den nachteiligen Folgen des Agrarstrukturwandels für die traditionelle Landwirtschaft, das Landschaftsbild und die Qualität der Lebensmittel bemerkbar. Zwar genießen Landwirte bei mehr als drei Viertel der Bevölkerung ein hohes Ansehen und werden als Produzenten von hochwertigen und gesunden Lebensmitteln, wertvollen Rohstoffen und erneuerbarer Energie anerkannt, aber sie werden auch als privilegierte Nutznießer der EU-Agrarsubventionen und Verursacher von

Umweltproblemen wahrgenommen (AGRA-EUROPE 2018a). Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Kommunikation landwirtschaftlicher Leistungen und ländlicher Belange mittlerweile kaum durch Landwirte selbst erfolgt, dafür aber mehr und mehr durch eine massenmediale Vermittlung des Landwirtschaftsbildes ersetzt wird (BALMANN et al. 2017a). Prägend für dieses Bild ist die Priorisierung von hoch emotionalen Themen wie Gentechnikeinsatz, Massentierhaltung und Lebensmittelskandalen.

Das Ankämpfen gegen das Imageproblem ist für die Landwirtschaft nicht einfach. Zum einen scheint sie unter dem Druck des ökonomischen Wettbewerbs und politischer Vorgaben ihren Einfluss als aktiver Gestalter und Wertesetzer zu verlieren. Zum anderen bedingt der schnelle Strukturwandel neben einer zum Teil berechtigten Kritik an nicht nachhaltigen Wirtschaftsmethoden auch unrealistische Erwartungen an die Landwirtschaft und romantisierende bis ideologisch vereinnahmte Vorstellungen von ländlichen Räumen. Darüber hinaus stellen die jüngsten heißen und trockenen Sommer sowie die steigende Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen für stoffliche und energetische Nutzung¹ die Landwirte vor immer komplexere Herausforderungen. So sehen sich Landwirte als einzige oder stärkste wirtschaftliche Akteure auf dem Land zunehmend mit der Frage konfrontiert, wie sie nicht nur als Produzenten auf die gesellschaftlichen Erwartungen reagieren, sondern auch als gesellschaftliche Akteure zur allgemeinen regionalen Entwicklung und zur Lösung von damit verbundenen Problemen beitragen können.

Zu den Letzteren gehört auch die besorgniserregende Verschiebung in den demokratisch-repräsentativen Strukturen auf dem Land. Die vermehrte Zentralisierung der Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung in zentrale Orte seit Ende der 60er Jahre in Westdeutschland und seit den 90er Jahren in Ostdeutschland, welche die Effizienz des Verwaltungshandelns steigern sollte, hat auch zum Demokratieverdruss auf dem Land beigetragen (WOLLMANN 2000). Dieser Stimmungswandel bietet einen fruchtbaren Boden für populistische Parteien und Strömungen, die auffallend oft mit stilisierten Bildern der Ländlichkeit als Referenz für Heimat und nationale Identität arbeiten. Tatsächlich sind es meistens die dünn besiedelten ländlichen Regionen, in denen solche Parteien ihre größten Wahlerfolge erzielen und nicht selten die Wahlen entschieden werden (MÜLLER

¹ Die nationalen Politik- und Forschungsstrategien Bioökonomie (BMEL 2014; BMBF 2010) sowie regionalen Innovationsstrategien (z.B. MWW LSA 2014) sehen für die Landwirtschaft eine wichtige Rolle im Übergang zu einem neuen, bio-basierten und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaftsmodell vor. Zum einen soll sie durch die Umstellung auf innovative Produktionspraktiken (wie Stoffkreisläufe und Präzisionstechnik) zum Schutz der Umwelt und des Klimas beitragen. Zum anderen wird eine stärkere Einbringung der Landwirtschaft in die Produktion von pflanzlicher Biomasse für industrielle Nutzung erwartet, um so langfristig die Abkehr von fossilen Rohstoffen zu ermöglichen.

2016). Wohl auch deshalb hat die Politik den strukturschwachen ländlichen Raum als dringendes Handlungsfeld wiederentdeckt. So hat Bundespräsident Steinmeier das Thema Zukunft ländlicher Räume gar zu einem Schwerpunkt seiner Amtszeit gemacht, um „neue Ideen und innovative Modelle“ für die Stärkung ländlicher Räume bundesweit anzuregen (SZ.de 2018).

Was bedeuten diese wiedererlangte Aufmerksamkeit zusammen mit den wachsenden Herausforderungen im Agrarsektor für das Leben und Arbeiten auf dem Land?

Der Beitrag geht dieser Frage nach, indem er die Rolle der Landwirte in der ländlichen Entwicklung in den Fokus rückt. Zuerst wird anhand des gewandelten sozioökonomischen Verständnisses des Ländlichen gezeigt, warum die Stadt-Land-Dichotomie, die diesem Verständnis zugrunde liegt, heute zu kurz greift. Es wird argumentiert, dass die Nicht-Stadt-Perspektive auf den ländlichen Raum sich in den ökonomischen und politischen Ansätzen fortsetzt mit der Folge, dass landwirtschaftliche Produzenten in Opposition zu Zivilgesellschaft betrachtet werden.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, ob die existierenden politischen und zivilgesellschaftlichen Strategien den Veränderungen im ländlichen Raum Rechnung tragen. Abschließend wird diskutiert, ob Landwirte mehr Verantwortung für ihren Produktionsort tragen müssen und wie diese Verantwortung zwischen wirtschaftlich unterschiedlich starken Unternehmen aufgeteilt werden kann.

2 Land – die Nicht-Stadt?

Ob streng wissenschaftlich oder rein intuitiv, der ländliche Raum wird üblicherweise in Abgrenzung zum Urbanen, Nicht-Ländlichen verstanden. Obwohl eine solche Negativdefinition nur begrenzt die Vielfalt der vorhandenen Siedlungsstruktur und Landnutzung zwischen Großstädten und dünn besiedelten Regionen erfassen mag, bietet sie eine hohe Anschaulichkeit und quantifizierbare Vergleichbarkeit. So können anhand der Bevölkerungs- und Siedlungsdichte, des Anteils der land- und forstwirtschaftlichen Fläche, sowie der räumlichen Nähe zu Oberzentren, ländliche, überwiegend ländliche und nicht ländliche Räume identifiziert werden (OECD 2007). Die Effizienz der ländlichen Transaktionen, die Einkommens- und Infrastrukturentwicklung, der Beitrag zur Bruttowertschöpfung, die Beschäftigungs- und Investitionsdynamiken geben darüber hinaus Auskunft über die Wirtschaftskraft einer Region. Auf deren Grundlage kann die Lebensqualität auf dem Land im Vergleich zu urbanen Räumen beurteilt werden. Mittlerweile wurden rund 600 Indikatoren entwickelt, um der Vielfalt des ländlichen Raumtyps auf Basis der Stadt-Land-Vergleiche besser Rechnung zu tragen (STEINFÜHRER et al. 2016; INKAR 2018).

Tatsächlich lassen sich durch die ‚Brille der Großstadt betrachtet‘ viele unterschiedliche Aspekte des Ländlichen gut erfassen. So macht die Tatsache, dass auf rund 90 % der Gesamtfläche Deutschlands eine knappe Mehrheit der Bevölkerung in ländlichen Räumen lebt und arbeitet, aber immer noch ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen erwirtschaftet als in Großstädten, überdeutlich, warum ländlicher Raum kein Lokalthema ist (INKAR 2018). Auch regionale Unterschiede wie die bezüglich Einkommen oder mittelständisch geprägtem Unternehmertum auf dem Land können durch die relative Nähe zu Ballungsorten erklärt werden. Trotz vieler Vorteile einer Negativdefinition eines Raumtyps greift die Stadt-Land-Dichotomie heute doch zu kurz. Zum einen gehen verschiedene Raumtypen aufgrund von sich wandelnden Siedlungsstrukturen, insbesondere rund um die Ballungsräume, immer mehr ineinander über. Zum anderen wird die geographische Trennung durch die überregionale Migration, vermehrte Nutzung der Telearbeit und künftig womöglich auch durch verschiedene Formen der urbanen Landwirtschaft teilweise aufgehoben. Durch diese und weitere Entwicklungen gleichen sich die Lebensbedingungen in den Städten und auf dem Land immer mehr an und fordern die definitorischen Abgrenzungen heraus.

Darüber hinaus bedingt und verstetigt die Stadt-Land-Dichotomie ein dualistisches öffentliches Verständnis des ländlichen Raumes. So wird er einerseits als rückständig gegenüber der Stadt, dem Ort des Fortschrittes, Wachstums und der Machtkonzentration, wahrgenommen. Regionen außerhalb der Verdichtungsräume stehen dann für niedrige Wirtschaftskraft, rigide soziale Strukturen, Abhängigkeit von politischer Unterstützung, Unterangebot an kulturellen und medizinischen Dienstleistungen, Landflucht und schwindende demokratische Repräsentanz. Andererseits wird ungeachtet realer sozioökonomischer Entwicklungen das romantisierende Wunschbild einer Landidylle als eines ruhigen, naturnahen Ortes mit einer schönen Landschaft, vielen kleinstrukturierten (Bio-)Bauernhöfen und intakter Dorfgemeinschaft gepflegt. So gesehen stellt der ländliche Raum einen Gegenentwurf zur Urbanisierung, Technologisierung der Lebens- und Arbeitswelt und menschlicher Entfremdung dar (MARSZALEK et al. 2017). Ein solch dualistisches Bild des Ländlichen lässt sich leicht symbolisch vereinnahmen, was sich nicht zuletzt in der hohen Emotionalität öffentlicher Debatten über die moderne Landwirtschaft und die Zukunft ländlicher Räume niederschlägt (BALMANN et al. 2017a; BRIEGLER 2018).

Das durch die Stadt-Land-Dichotomie geprägte Verständnis der ländlichen Regionen setzt sich auch in der ökonomischen Literatur und den politischen Fördermaßnahmen fort. Aus der Sicht der ökonomischen Forschung spiegeln die rational-orientierten und romantisierenden Bilder die Einschätzung der tatsächlichen und der gewünschten Attraktivität (oder des Nutzens) ländlicher Regionen als Lebens- und Wirtschaftsräume wider. Dieser Einschätzung liegen zwei verschiedene

ökonomische Paradigmen zugrunde: die neoklassische Mainstream-Ökonomik und die heterodoxen ökonomischen Ansätze.

Die Neoklassische Theorie bewertet die Leistung des ländlichen Raumes vor allem in seiner Funktion als Nahrungsmittel- und Biomasseproduzent und zwar anhand der üblichen ökonomischen Effizienzkennzahlen. Folglich weisen Ineffizienzen ländlicher Transaktionen und das daraus resultierende marktwirtschaftliche Unterangebot an Gütern und Dienstleistungen auf ländliche Rückständigkeit hin. Als Ursachen für die Entstehung ländlich-spezifischer Transaktionskosten werden eine defizitäre Infrastruktur, räumliche Entfernungen und die anhaltende Abwanderung genannt (BECKMANN 2000). Diese Kosten schränken die soziale Arbeitsteilung in den ländlichen Räumen ein und können bestimmte Bereiche von wirtschaftlichen Tätigkeiten unrentabel machen. Aus dieser Perspektive lassen sich erhebliche Defizite ländlicher Räume verglichen mit eher urbanen Räumen ableiten: von der Grundversorgung vor Ort über öffentliche Verkehrsanbindungen bis zum Umfang der Selbstverwaltung.

Dagegen stellen die alternativen und vor allem institutionenökonomischen Ansätze auf die Integration außerökonomischer Entwicklungsbedingungen in ökonomische Entscheidungsmodelle ab (NORTH 1990; WILLIAMSON 2000). Von deren Blickpunkt aus liegen dem Wunschbild einer Landidylle in erster Linie außerökonomische Wertvorstellungen zugrunde, die die Lebensqualität auf dem Land sichern und als Vorgabe für ein nachhaltigkeitsgeleitetes Wirtschaften dienen sollen. Je mehr die Industrialisierung der Landwirtschaft, Verstädterung und Globalisierung voranschreiten, desto deutlicher transformiert sich das idealisierte Bild des nicht-urbanen Raumes in die Vorstellung einer erhaltungswürdigen Wertegesellschaft. Diese Transformation ist mit neuen Anforderungen an den ländlichen Raum verbunden. Dazu gehören neben der Sicherung der Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Energieversorgung der wachsenden Weltbevölkerung und der Anpassung der landwirtschaftlichen Praktiken an klimatische Veränderungen, die Deckung der steigenden Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Produkten, Siedlungs- und Erholungsgebieten, der Erhalt der Biodiversität und nachhaltige Flächennutzung (BMEL 2018; LEOPOLDINA 2018). Die neuen Anforderungen betreffen vor allem die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens auf dem Lande und einer Sensibilisierung des Wirtschaftssystems gegenüber der sozialen und ökologischen Umwelt. Gemessen an diesen Aufgaben kommt ländlichen Regionen eine zunehmende Bedeutung in der nationalen und globalen Entwicklung zu.

Die beiden ökonomischen Paradigmen machen zwar das Dilemma einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung deutlich, verkennen aber zwangsläufig die vielfache Rolle lokaler Wirtschaftsakteure,

allem voran der Landwirte. Denn auch wenn statistisch gesehen die Landwirtschaft heute nicht mehr so bedeutungsgebend für ländliche Räume ist wie einst, sind landwirtschaftliche Betriebe oft – wie das in vor allem Ostdeutschland der Fall ist – die wichtigsten und auch die einzig sichtbaren wirtschaftlichen Unternehmen auf dem Land. Für alle deutschen Regionen gilt, dass landwirtschaftliche Betriebe in der Regel die Unternehmen sind, die am längsten an einem Ort verbleiben und mit diesem stark verbunden sind. Obwohl ihre „Multifunktionalität“ auch mit Hinblick auf den ländlichen Raum seit den 70er Jahren einen zentralen Teil des europäischen Agrarmodells bildet (HEIßENHUBER und LIPPERT 2000, S. 249), werden Landwirte nach wie vor in Opposition zu vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren betrachtet. Es ist daher wenig überraschend, dass die existierenden Ansätze zur ländlichen Entwicklung sich in zwei Hauptrichtungen manifestieren: in verschiedenen, in der Regel durch Steuergelder finanzierten regionalen Förderprogrammen auf der einen Seite und zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Abmilderung der negativen Folgen ländlicher Entvölkerung und moderner Landwirtschaft auf der anderen. Im Folgenden wird die Tragweite dieser politischen und zivilgesellschaftlichen Lösungsansätze sowie deren Verknüpfung durch die verstärkte Einbeziehung der Landwirte diskutiert.

3 Regionale Förderprogramme

3.1 Der sektorale Ansatz: Ländliche Entwicklung durch Landwirtschaftsentwicklung

Obwohl gleichwertige Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Regionen Deutschlands seit 1949 ein erklärtes politisches und im Grundgesetz verankertes Ziel ist, gab es in Deutschland lange Zeit keine speziellen Politikansätze zur Entwicklung ländlicher Räume². Erst Ende der 1960er Jahre wurden zu diesem Ziel zwei Förderprogramme aufgelegt: die Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), die primär den Ausbau der ländlichen Infrastruktur zum Ziel hatte, sowie „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) mit dem Fokus auf die Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Auch auf der EU-Ebene spielten Fragen der ländlichen Entwicklung lange Zeit keine nennenswerte Rolle. Der Schwerpunkt der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) lag vielmehr auf der Förderung der Agrarproduktion, wofür bis zu den 1980er Jahren mehr als 70 Prozent des EU-Haushaltes aufgewendet wurde. Erst zum Ende der 1980er Jahre wurde die Thematik der ländlichen Regionen auf die GAP-Agenda gesetzt, mit dem Ergebnis, dass im Jahr 2000 eine *zweite* Säule der Agrarpolitik,

² Eine Ausnahme bildete der „Emslandplan“ von 1951, der über mehrere Jahrzehnte hinweg umgesetzt wurde. Allerdings war die damit verbundene Förderung einer äußerst strukturschwachen Region nicht unwesentlich durch politische Interessen (die drohenden Gebietsansprüche der Niederlande) motiviert.

die Förderung der ländlichen Entwicklung, neben der Marktpolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt wurde. Für die Periode 2014-2020 ist die Finanzierung der zweiten Säule Europaweit mit rund 100 Mrd. Euro (etwa 10 Prozent des EU-Haushalts) aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) budgetiert. Für Deutschland stehen dabei ca. 1,35 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung. Diese ELER-Maßnahmen sind in der Regel mit einer nationalen Kofinanzierung der Mitgliedstaaten verbunden und setzen häufig eine Eigenbeteiligung auf lokaler Ebene voraus.

Die Prioritäten der Förderung der ländlichen Entwicklung in der EU liegen in langfristigen strategischen Zielen. Dazu zählen neben einer starken Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft die sichere nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftskraft in den ländlichen Regionen. Für die Umsetzung dieser Ziele sind drei Maßnahmenbereiche vorgesehen.

An erster Stelle stehen die freiwilligen landwirtschaftlichen Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen der Mitgliedstaaten. Dieser Bereich sieht vor, dass die Mitgliedstaaten mindestens 30 Prozent der ihnen zugewiesenen EU-Fördermittel der zweiten Säule z.B. für den ökologischen Landbau oder die Förderung naturbedingt benachteiligter Gebiete einsetzen.

Der zweite Bereich umfasst die Maßnahmen zur Stärkung landwirtschaftlicher Betriebe durch Investitionen in die Landwirtschaft, aber auch in den Tourismus, die Landschaftspflege und in den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie z.B. Hofläden.

Der dritte Bereich beinhaltet die Unterstützung lokaler Entwicklungsprojekte wie Gestaltung attraktiver und nachhaltiger ländlicher Räume und Dörfer.

Koordiniert und gesteuert werden diese Maßnahmenbereiche durch den bereits 1991 entwickelten LEADER-Ansatz („*Liaison entre actions de développement de l'économie rurale*“) zur regionalen Vernetzung der ländlichen Entwicklung (BAISAKOVA und HERZFELD 2014).

Dorfentwicklung an sich spielte in der Vergangenheit eine eher untergeordnete Rolle bei den Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung. Erst in den letzten Jahren ist sie in die ländlichen Entwicklungsprogramme der EU, des Bundes und der Länder aufgenommen worden. In Deutschland ist die Dorferneuerung Aufgabe der Länder. Diese können ihre Fördermittel z.B. für Investitionen in erhaltenswerte Gebäude, Gestaltung von Freiflächen oder Pflege und Gestaltung des Ortsbildes

einsetzen. Eine gewisse Tradition hat der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, der im dreijährigen Turnus auf der Landkreis-, Länder- und Bundesebene durchgeführt wird. Ins Leben gerufen wurde er 1961 als Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden", der in erster Linie auf die Angleichung der Lebensbedingungen in den Dörfern an städtische Maßstäbe – und zwar durch die Ausbesserung des dörflichen Erscheinungsbildes – hinzielte. Heute hingegen stehen bei solchen Wettbewerben die Verbesserung der Lebensqualität und der Zukunftsperspektiven, die Stärkung der regionalen Identität und eine optimale Einbindung der Dörfer in ihre natürliche Umgebung im Vordergrund. Dabei soll vor allem das Engagement der lokalen Bevölkerung als Schlüssel zu einer nachhaltigen Dorfgestaltung und -entwicklung gestärkt werden.

3.2 Von sektoralen zu integrierten Ansätzen

Seit dem Beginn des letzten Jahrzehnts wurde in der ländlichen Entwicklungspolitik ein Paradigmenwechsel eingeleitet (OECD 2006). Bis dahin wurde ländliche Entwicklung primär als sektoraler Ansatz angesehen und größtenteils mit landwirtschaftlicher Entwicklung gleichgesetzt. Demnach galt, dass Dörfer und ländliche Räume dann prosperieren würden, wenn Landwirte ein adäquates Einkommen erwirtschaften können. Der Hauptförderansatz umfasste dabei Preissubventionen für Agrarprodukte. Diese wurden „von oben“ auf der EU-Ebene festgesetzt und auf lokaler Ebene nur noch umgesetzt. Dieser Ansatz konnte die sinkende Bedeutung der ländlichen Räume jedoch nicht aufhalten, sodass ein alternatives Entwicklungsmodell gefordert wurde. In Folge wurde die einseitige sektorale Förderung der Landwirtschaft durch einen multisektoralen, territorialen Ansatz ersetzt, der die Wettbewerbsfähigkeit abgegrenzter Regionen stärken sollte.

Des Weiteren sollen neben der Landwirtschaft auch nicht-landwirtschaftliche Wirtschaftszweige sowie kulturelle und historische Ressourcen gefördert werden. Das besondere Augenmerk liegt dabei auf Förderung durch Investitionen und nicht auf pauschalen Subventionszahlungen. Während die EU, der Bund und die Länder die Rahmenbedingungen vorgeben, müssen neben den Regierungsebenen, wie Kreise und Kommunen, möglichst viele lokale private und gewerbliche Akteure (Einzelpersonen, Vereine und Verbände) in die Planung und Durchführung von ländlichen Entwicklungsmaßnahmen miteinbezogen werden. Dies ist insofern von Bedeutung, als die Entwicklungsschwerpunkte je nach Region unterschiedlich sind und daher das Wissen und die Erfahrungen einer möglichst großen Zahl öffentlicher und privater Akteure genutzt werden sollte. Traditionell hierarchisch-strukturierte öffentliche Verwaltungen allein können der Neuorientierung der ländlichen Entwicklungspolitik nicht mehr Rechnung tragen (WOODS 2011; WOLZ et al. 2012).

Erste Erfahrungen mit dem integrierten Modell der ländlichen Regionalentwicklung hatte man im Rahmen des seit 1991 genutzten LEADER-Ansatzes gemacht. Dieser methodische Ansatz, der den Menschen vor Ort Mitgestaltung regionaler Prozesse ermöglicht, bedingte zwei weitreichende Innovationen in der EU-Agrarpolitik. Als territorialer Ansatz für die *und* mit der lokalen Bevölkerung führt LEADER durch eine institutionalisierte Form der Bürgerbeteiligung zu einer Stärkung der lokalen Gesellschaft. Maßnahmen der ländlichen Entwicklung sollen nun nicht mehr *top-down* verordnet, sondern *bottom-up* mit lokaler Beteiligung entworfen und umgesetzt werden, was in der GAP-Nomenklatur als ‚basisorientiertes Konzept‘ bezeichnet wird (ESPARCIA et al. 2015). Getragen wird eine solche Mitgestaltung der ländlichen Regionalentwicklung von sogenannten „Lokalen Aktionsgruppen“ (LAG), an denen nicht nur Verwaltung, sondern alle interessierten Vertreter der Zivilgesellschaft wie diverse wirtschaftliche, soziale, ökologische Verbände und interessierte Privatpersonen beteiligt sind. Durch die Involvierung und Vernetzung unterschiedlicher Akteure fördert LEADER eine stärkere Transparenz und Demokratisierung von Entscheidungsprozessen auf lokaler Ebene.

In den vergangenen Jahren haben ländliche Entwicklung und – in einem bescheideneren Rahmen – Dorfentwicklung einen höheren politischen Stellenwert erfahren. Ländliche Regionen werden aus ganz unterschiedlichen politischen Gründen gefördert. Sie werden dadurch zu einer Schnittstelle verschiedener Sektorpolitiken. Neben den klassischen Bereichen wie Förderung der Agrarproduktion und dem Ausbau der ländlichen Infrastruktur stehen nun auch verstärkt Fragen der Erhaltung der Kulturlandschaft und Biodiversität, eines strengen Umweltschutzes, höheren Tierwohls, der Energiesicherung, Innovationsförderung im Zuge des wirtschaftlichen und demografischen Wandels im Vordergrund der Maßnahmen. Diese Politikansätze haben zum Teil unterschiedliche Ziele, die sich auch widersprechen können; so können höhere Umweltstandards das Wachstum der regionalen Wirtschaft oder wirtschaftliche Innovationen hemmen. Die Umsetzung integrierter Ansätze zur Förderung ländlicher Regionen bleibt somit ein langwieriger Prozess. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Förderung der Landwirtschaft immer noch eine vordergründige Rolle spielt (BMEL 2016b).

3.3 Anlaufschwierigkeiten und fehlende Katalysatoren der integrierten Förderansätze

Bedingt durch die unterschiedlichen Rahmen und Ziele der einzelnen Programme sind lokale Verwaltungen und die zivilgesellschaftlichen Gruppen vor Ort zum Teil überfordert, aus diesen Sektorprogrammen integrierte Ansätze zum Wohle der Region zu formen. Eine Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Gruppen an verschiedenen Programmen, wie über LEADER, ist durchaus erwünscht. So können LAGs Fördermittel nicht nur im Rahmen des ELER bzw. GAK, sondern auch bei

weiteren nationalen Fonds, wie der GRW, und EU-Fonds, wie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Kohäsionsfonds (CF) und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) beantragen. Allerdings ist die Beteiligung an diesen Maßnahmen mit hohen Anlaufschwierigkeiten, wie der Einarbeitung in die spezifischen Ziele, Durchführungsbestimmungen und Abrechnungsmodalitäten der unterschiedlichen Programme, verbunden.

Darüber hinaus setzten politische Förderansätze in der Regel soziale und finanzielle Ressourcen voraus, die finanz- und einwohnerschwache Kommunen und Landkreise entweder nicht haben oder ohne Einbeziehung lokaler Marktakteure nicht mobilisieren können. Auch sind nicht immer alle Gesellschaftsgruppen in den sozialen Initiativen vor Ort vertreten, was zur Verzerrung oder dem Verkennen der tatsächlichen Bedarfslage führen kann. Die Gründe hierfür reichen vom Desinteresse an der ländlichen Entwicklung über fehlende Zeit bis zu mangelnder Bereitschaft, sich in technische und ökonomische Hintergründe der Förderung einzuarbeiten. So kann es zu der bizarren Situation kommen, dass bereitgestellte Fördermittel gerade von den am stärksten benachteiligten Regionen nicht abgerufen werden. Unter solchen Umständen kann die Arbeit in einer LAG zu einem reinen Selbstzweck verkommen und die Motivation der Beteiligten bei der Akquirierung von Fördermitteln und der Umsetzung geplanter Entwicklungsmaßnahmen weiter senken (WOLZ et al. 2012). Um das zu verhindern, muss die investierte Arbeit erlebte Erfolge nach innen wie nach außen aufweisen können. Einen katalytischen Effekt könnte dabei die Einbeziehung von Landwirten als Teil der lokalen Bevölkerung haben.

4 Ländlicher Raum und Zivilgesellschaft

4.1 Zwischen Ehrenamt und Ausfallbürge

Neben politischen Fördermaßnahmen spielt zivilgesellschaftliches Engagement auf dem Land eine immer größere Rolle. Insbesondere bei der Sicherstellung der wichtigsten Funktionen der Daseinsvorsorge sind zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) vielerorts unverzichtbar geworden. Hinter solchen Organisationen stehen verschiedene freiwillige Vereinigungen von Privatpersonen wie Bürgernetzwerke, Genossenschaften, Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und verschiedenste Initiativen. Sie sind demokratisch und nicht profitorientiert organisiert und zählen zu dem sogenannten – in der Rangfolge nach Staat und Markt – „dritten Sektor“ (BACCHIEGA und BORZAGA 2003, SALAMON und SOKOLOWSKI 2004). In Deutschland gibt es derzeit über 630.000 ZGO, in denen etwa 18 Millionen Ehrenamtliche engagiert sind (PRIEMER et al. 2017). Berücksichtigt man noch

private und unregelmäßige Engagements, so ist fast jeder dritte Bürger in Deutschland in ehrenamtliche Tätigkeiten involviert (ebd.).

In den neuen Bundesländern und landwirtschaftlich geprägten südlichen Regionen Deutschlands sind solche Organisationen besonders aktiv (KRIMMER UND PRIEMER 2013). Sie leisten mittlerweile einen nicht-trivialen Beitrag zur Milderung der Folgen von Landflucht sowie Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum (PRICK et al. 2017). Hier sind insbesondere die Bereitstellung von sozialen und produktionsbezogenen Dienstleistungen, eine Förderung und Diversifizierung der regionalen Infrastrukturentwicklung, die Vertretung von politischen Minderheiteninteressen, aber auch die Verbesserung der Produktivität landwirtschaftlicher Betriebe sowie die Stärkung der Marktmacht kleinerer Agrarbetriebe zu nennen. Insgesamt sind es jedoch in erster Linie wirtschaftlich unrentable Angebote wie Schwimmbäder, Schulen oder Energieversorgung, die durch freiwillige bürgerliche Beteiligung unterhalten und betrieben werden.

Die zunehmende Präsenz ländlicher Interessenverbände und verschiedener sozialer Initiativen auf dem Land weist darauf hin, dass ländlich-spezifische Versorgungsdefizite immer öfter weder privatwirtschaftlich noch durch die staatliche Regulierung gelöst werden können (CHATALOVA UND WOLZ 2019). Die geringere Bevölkerungsdichte und geografische Ausdehnung des ländlichen Raumes machen bestimmte wirtschaftliche Bereiche wie den Infrastrukturausbau für privatwirtschaftliche Unternehmen unrentabel und für einkommenschwache Kommunen nicht finanzierbar. Die durch das Ausbleiben oder die Einschränkung der Transaktionen entstehenden Versorgungsdefizite können deshalb in vielen Fällen nur durch nicht-gewinnorientiertes ehrenamtliches Engagement der Bürger ausgeglichen werden. Eine solche Selbstversorgung ist aber nicht die effizientere, sondern die einzige, aus Not entstandene Alternative zu Markttransaktionen.

Mit der Zahl und Relevanz der ländlichen ZGO wachsen aber auch die Erwartungen an sie. Die Politik hat die Wirkungskraft des zivilgesellschaftlichen Engagements erkannt und anerkannt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend plant eine Engagement-Stiftung, die unter anderem ZGO im ländlichen Raum und Ostdeutschland fördern will. Die im September 2018 eingesetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ setzt auf aktive zivilgesellschaftliche Mitwirkung, die in einem das Wir-Gefühl-stärkenden ‚Vierklang‘ mit Bund, Ländern, Kommunen geschehen soll (DEUTSCHER BUNDESTAG 2018). Viele Landesverfassungen enthalten oder novellieren Regelungen, die das Ehrenamt durch Staatszielbestimmungen fördern oder gar die Pflicht zur ehrenamtlichen Tätigkeit betonen (KLUTH 2018). Diese Förderung stellt darauf ab, so der Ostbeauftragte der Bundesregierung, aus Verantwortungsbewusstsein und Heimatverbundenheit

lokaler Bürger ein kreatives Potential freizusetzen. „Damit werden Lücken geschlossen, die andere mitunter gelassen haben“ (BMW 2018).

4.2 Potential und Grenzen des Ehrenamtes

Die Wertschätzung der Leistung der freiwilligen Initiativen in strukturschwachen Regionen ist tatsächlich mehr als angebracht. Doch ob die ländlichen ZGO dieser Erwartung, allein oder mit Unterstützung der Politik, gerecht werden können oder sollen, ist fraglich. Zum einen stärkt ein freiwilliges Engagement vor allem bereits sozial starke Menschen (BMFSFJ 2010). Der *Deutschen Freiwilligensurvey 2014* stellte fest, dass, obwohl der Anteil freiwillig engagierter Menschen im ländlichen Raum etwas größer als in den Städten ausfällt, die Engagementquote umso höher ist, je niedriger die Arbeitslosenquote in den Regionen liegt (HAMEISTER und TESCH-RÖMER 2014). Der letzte Survey des Gemeinschaftsprojekts *Zivilgesellschaft in Zahlen* kommt zum Schluss, dass die negative Bevölkerungsentwicklung auf dem Land den Anteil der dort freiwillig Engagierten deutlich senkt (PRIEMER et al. 2017). Unter jungen Menschen, also den 14- bis 24-Jährigen, ist das freiwillige Engagement seit 10 Jahren leicht rückläufig (BMFSFJ 2010). Diesen drei Studien zufolge geht die bürgerliche Einbringung in die lokalen Belange zurück, wenn die wirtschaftlichen Perspektiven in der Region immer ungewisser werden.

Zum anderen besteht die Möglichkeit der Instrumentalisierung der ZGO. Das ist vor allem dann der Fall, wenn bei den Leistungen, die eigentlich von der Wirtschaft oder staatlichen Stellen erbracht werden sollen, zunehmend auf das bürgerliche Engagement gesetzt wird. Die ZGO würden dabei zum Katalog der Maßnahmen hinzugezählt, die *soziale* Kosten, also den Teil der Produktionskosten, der vom Verursacher nicht getragen wird (KAPP 1977), auffangen sollen. Zu solchen Kosten zählen eine defizitäre Infrastruktur in den ländlichen Räumen, wie der Mangel an Ärzten, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Verlust der regionalen Sprach-, Traditions- und Produktvielfalt oder auch abnehmendes Interesse an gesellschaftlichen und politischen Belangen. Im Agrarbereich sind dies eine zum Teil zu beobachtende Beeinträchtigung des Tierwohls³ im Zuge der Rationalisierung und Automatisierung der Tierhaltungsverfahren und der Landschaftszerstörung durch die Intensivierung oder Standardisierung der Agrarpraktiken.

Die Berücksichtigung von sozialen Kosten ist für Wirtschaftsakteure mit hohen Ineffizienzen verbunden, weshalb sie also aus dem Produktionssystem auf die Allgemeinheit verlagert –

³ Unter einer Beeinträchtigung des Tierwohls werden hier negative Auswirkungen veränderter Produktionspraktiken auf Tiergesundheit und natürliche Verhaltensweisen von Tieren verstanden.

externalisiert – werden. Das Auffangen oder Abmildern von solchen Kosten gehört zum Wesen des zivilgesellschaftlichen Engagements. Seine politische Stärkung ist angesichts der Strukturschwächen und des Demokratieverdrusses in den ländlichen Regionen das Gebot der Stunde. Doch seine Instrumentalisierung würde nicht nur die Idee der Freiwilligkeit und ihre integrative Funktion verzerren; sie würde vor allem die Verursacher von sozialen Kosten entlasten, anstatt sie miteinzubeziehen und für mehr Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen zu sensibilisieren (ENQUETE KOMMISSION 2002; POLLACK 2004).

Heute sind die ländlichen ZGO nicht nur zahlenmäßig stark. Sie weisen auch eine immer größere Bandbreite von Anliegen auf – vom Dorfbus über dezentrale Energieversorgung bis zur Traditionspflege –, die der Sicherung der Lebensqualität und der Menschenwürde auf dem Land dienen. Einige Vertreter der institutionsökonomischen Literatur messen den heutigen ZGO gar die gleiche revolutionäre Bedeutung bei wie der Entstehung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert (SALAMON 2006). Ihnen wird die Rolle der Medien des ökonomischen Pluralismus und sozialer Missbilligung zugesprochen, durch die positive kumulative Effekte in der regionalen Wertschöpfung erzeugt werden können.

Dennoch sind ländliche ZGO nicht als Zukunftslabore oder Ausfallbürge einer vitalen Zivilgesellschaft (GENSICKE et al. 2009; PRIEMER et al. 2017) zu verstehen. Das zivilgesellschaftliche Engagement allein oder in Verbindung mit politischen Ansätzen kann die unerwünschten Nebenwirkungen der Marktwirtschaft nur kurzfristig und punktuell ausgleichen. Es kann weder nachhaltige Wirtschaftspraktiken garantieren, noch alle Versorgungsdefizite lösen. Auch können sie in ihrer Kommunikationsfunktion die öffentliche Meinung durch beispielsweise Skandalisierung von Themen wie Massentierhaltung stark beeinflussen und teilweise verzerren. Dies wiederum kann auch zu eher negativen strukturkonservierenden Politikmaßnahmen wie der Förderung von unrentablen Klein- und Familienbetrieben, Sicherung von Agrarprivilegien oder zum Verkennen von Potentialen neuer Agrartechnologien für die Nahrungsmittelsicherheit führen (COLLIER 2008; BALMANN 2015). Der Gleichwertigkeit gesellschaftlicher Erwartungen an den ländlichen Raum als Wirtschaftssystem und als eine zu bewahrende außerökonomische Wertorientierung kann daher nur durch eine kommunikative Rückkopplung zwischen allen drei Akteursgruppen – Staat, Markt und Zivilgesellschaft – entsprochen werden.

5 Ländlicher Raum und Landwirte

5.1 Gesellschaftliche Verantwortung der Landwirtschaft: Von Selbstverpflichtung zur Nachweispflicht

Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen hat in Deutschland eine lange Tradition, die auch im Leitbild der sozialen Marktwirtschaft ihren Ausdruck findet. Ebenso ist das Engagement deutscher Landwirte für die nachhaltige Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Umweltverhältnisse der ländlichen Räume kein Novum. Der geografische, kulturelle und emotionale Bezug zum Land prädisponiert Landwirte allgemein und kleinere Familienbetriebe insbesondere zum verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen und humanen Ressourcen (THOMPSON 2010). Die in einer Region ansässigen Landwirte sind Teil der ländlichen Zivilgesellschaft. Sie sind in den örtlichen Vereinen aktiv und übernehmen auch in den politischen Gremien der kommunalen Selbstverwaltung diverse Aufgaben. Für die meisten Landwirte ist es eine Selbstverständlichkeit, sich hierfür einzusetzen. Darüber hinaus haben größere landwirtschaftliche Betriebe eine lange Tradition darin, dass sie Arbeits- und Ausbildungsplätze bereithalten sowie die physische Infrastruktur und das Vereinswesen in der Region finanziell fördern. In der Vergangenheit übernahmen landwirtschaftliche Gutshöfe, besonders im preußischen Teil Deutschlands, die Aufgaben der örtlichen Gemeinden. In der ehemaligen DDR hatten die sozialistischen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften diese Aufgabe inne. Zum Teil wirken gesellschaftliche Erwartungshaltungen gegenüber deren Nachfolgebetrieben bis heute fort (WOLZ et al. 2014; BALMANN et al. 2017b).

Die Anlässe zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und Sicherung eigener wirtschaftlicher Interessen klar zu trennen, ist oft schwierig. So kann das Handeln landwirtschaftlicher Betriebe zum Wohle der Mitarbeiter, Vertragspartner und der ländlichen Räume – ob durch Ausbildungsprogramme, Verbesserung der Energie- und Wassereffizienz oder Übernahme von bestimmten Aufgaben in Selbstverwaltungsgremien – auch wirtschaftlich motiviert sein. Gleichwohl stellen derartige Praktiken der Verantwortungsübernahme in sozialen und ökologischen Belangen ein wichtiges gesellschaftliches Gut dar. Es ist anzunehmen, dass dessen Nachfrage angesichts der globalen Trends und regionaler Strukturveränderungen weiter zunehmen wird. In den letzten Jahren werden solche Praktiken der Unternehmensverantwortung unter dem Begriff *corporate social responsibility* (CSR) weltweit diskutiert.

In Deutschland und der EU wurde dieses Thema aufgrund einer wachsenden Zahl freiwilliger Qualitätsstandards relativ spät aufgegriffen. Das Nationale CSR Forum wurde 2009 etabliert. Eine erste EU-Richtlinie wurde 2011 verabschiedet. Mit der jüngsten Umsetzung der revidierten EU-

Richtlinie (2014/95/EU) werden ab 2016 größere kapitalmarktorientierte Unternehmen zum Ausweis der CSR-Aktivitäten in ihrer nichtfinanziellen Berichterstattung verpflichtet. Dabei wird CSR jedoch nicht nur als eine freiwillige Verpflichtung, sondern als integrativer Bestandteil einer nachhaltigen Unternehmenspolitik angesehen. Somit wird das Konzept der gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung mit dem der Nachhaltigkeit fast gleichgesetzt. Folglich haben nachhaltig agierende Unternehmen eine implizierte Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nicht nur im engeren Umfeld der Produktionsanlagen, sondern auch in der Region und darüber hinaus. Im Agrarkontext bedeutet das, dass die Gestaltung der betrieblichen Produktionsprozesse und Vertragsbeziehungen mit der Sicherung der Lebensqualität im ländlichen Raum einhergehen soll.

Die deutschen landwirtschaftlichen Betriebe sind im Vergleich zu Unternehmen anderer Wirtschaftszweige relativ klein, sodass derzeit nur knapp 100 Agrarbetriebe von der neuen Pflicht zum CSR-Nachweis betroffen sind. Nichtsdestotrotz versuchen bereits seit längerer Zeit fast alle größeren landwirtschaftlichen Unternehmen, ihr gesellschaftliches Engagement – und sei es die Durchführung von Winterdiensten oder die Unterstützung von Dorfinitiativen – in Online-Auftritten oder anderweitig herauszustellen. Ungeachtet des vermittelten Eindrucks, dass dieses Engagement über die wirtschaftlichen Eigeninteressen hinausgeht, bleibt es in erster Linie ökonomisch motiviert. Aktuelle Studien zur CSR in der deutschen Landwirtschaft zufolge stellt die Sicherung des potentiellen Wettbewerbsvorteils die wichtigste Triebfeder für die Übernahme sozialer und ökologischer Verantwortung dar (HEINEN 2015; HEYDER und THEUVSEN 2012). Eine immer wichtigere Rolle spielt die Verbesserung der Unternehmensreputation. Die Ergebnisse der Studien sind kaum überraschend, bedenkt man doch den steigenden Wettbewerbs-, Innovations- und Erwartungsdruck, unter welchem viele landwirtschaftliche Unternehmen heute ihr Überleben sichern müssen.

Die verschiedenen Arten und Motive der CSR werden häufig anhand des Pyramidenmodells von ARCHIE B. CARROLL (1991) veranschaulicht. CARROLL unterscheidet vier aufeinander hierarchisch aufbauende Verantwortungsebenen: die (fundamentale) ökonomische Verantwortung eines Unternehmens für sein eigenes Fortbestehen, gefolgt von der (geforderten) rechtlichen, der (unverbindlichen aber erwarteten) ethischen und der (freiwilligen) philanthropisch motivierten Verantwortung. Je höher die Pyramidenebene der CSR-Praktiken, desto weniger sind sie rechtlich einklagbar und desto höher ist deren moralischer Wert. Neuere Studien, die vor allem das gesellschaftliche Verständnis der Unternehmensverantwortung abbilden, sprechen von zwei bis drei Arten der CSR. MÜNSTERMANN (2007) unterscheidet die interne (den Mitarbeitern gegenüber) und externe (anderen Stakeholdern gegenüber) Verantwortung, während LUHMANN und THEUVSEN (2017)

in ihrer empirischen Studie der CSR in der deutschen Landwirtschaft darüber hinaus die ökonomische Verantwortung identifizieren.

In den vergangenen Jahren wurde beobachtet, dass unter dem permanenten Druck des innovationsbasierten landwirtschaftlichen Wettbewerbs der Radius der CSR-Aktivitäten immer kleiner wird, bis hin zur bloßen Einhaltung rechtlicher Vorschriften und Sicherung des ökonomischen Überlebens. Es wurden bereits Fälle dokumentiert, in denen landwirtschaftliche Unternehmen die Erfüllung ihrer Steuerzahlungspflicht als moralisch motivierte CSR-Aktivität herausstellten (GAGALYUK und SCHAFT 2016). Es sind vor allem größere bzw. wirtschaftlich stärkere landwirtschaftliche Unternehmen, die noch in der Lage sind, ausreichende Ressourcen zur Wahrnehmung gesellschaftlichen Verantwortung über die ökonomische und rechtliche Ebene hinaus aufzubringen (BALMANN et al. 2016).

5.2 Gesellschaftliche Verantwortung der Landwirtschaft: Eine Frage der Betriebsgröße?

In der Tat scheint der Umfang des sozialen Engagements der Unternehmen in der regionalen Entwicklung in direktem Zusammenhang mit der Betriebsgröße (HEYDER und THEUVSEN 2012) und Ertragslage (MARGOLIS et al. 2007) zu stehen. Der amerikanische Management-Theoretiker Keith Davis (1960) erklärte diesen Zusammenhang gar zum „ehernen Gesetz der Verantwortung“. Demnach werden wirtschaftlich mächtige Akteure, die mit ihrer Macht nicht verantwortungsvoll umgehen, diese letztendlich verlieren. Das Engagement eines Unternehmens zum Wohle seiner Mitarbeiter und der Bevölkerung allgemein wird dadurch – ganz im Sinne der aktuellen EU-Auffassung der CSR – zum folgerichtigen Bestandteil einer auf Nachhaltigkeit bedachten Unternehmensstrategie.

Die allgemeine Geltung des „ehernen Gesetz der Verantwortung“ in der Landwirtschaft ist jedoch aus vielen Gründen zu hinterfragen. Zum einen bedeuten imagebezogene CSR-Maßnahmen größerer Betriebe nicht zwangsläufig einen tatsächlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum. Der überwiegende Fokus dieser Maßnahmen auf Konsumenten und Geschäftspartner (MÜNSTERMANN 2007) oder auch die Konzentration der CSR-Zuständigkeiten beim Management (GAGALYUK und SCHAFT 2016) sprechen eher für den Vorrang wirtschaftlicher Überlegungen. Ein weiteres, kaum diskutiertes praktisches Problem mit der aus der Betriebsgröße resultierenden Verantwortung besteht in den Folgen wirtschaftlicher Schieflagen großer Agrarunternehmen für den Standort und die lokale Gesellschaft insgesamt.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Tatsache, dass die Größe landwirtschaftlicher Betriebe, von der nach Davis (1960) der Umfang der CSR-Aktivitäten abhängt, sich nicht automatisch aus der Rechtsform, Flächennutzung oder Mitarbeiterzahl ergibt. Vielmehr können hier die Struktur der Betriebseigentümer sowie die Position in der Wertschöpfungskette (HANF und KÜHL 2005) oder die Reputation in der Region maßgeblich für die Unterstützung von Maßnahmen zur Milderung von außerlandwirtschaftlichen Problemen und speziell in die ländliche Entwicklung sein. Schließlich ist angesichts der relativen Kleinstrukturiertheit deutscher Landwirtschaftsbetriebe und der Dominanz größerer Betriebe in Ostdeutschland grundsätzlich zu fragen, welche gesellschaftlichen Erwartungen von welchen Betrieben und in welchem Umfang realisierbar sind.

5.3 Neue Erwartungen: Landwirte als Entwickler ländlicher Räume

Die bisherigen Ansätze zur Entwicklung ländlicher Regionen existieren vor allem in Form von verschiedenen politischen Förderprogrammen sowie zivilgesellschaftlichem Engagement. Der aktive Landwirt, der aufgrund seiner vielfältigen Funktionen als Produzent, Adressat supranationaler Agrarpolitiken und Teil der lokalen Zivilgesellschaft direkt und schnell Einfluss auf die Region nehmen kann, blieb dagegen lange außen vor. Eine explizite Hinwendung zur Rolle landwirtschaftlicher Unternehmer – ob medial, politisch im Zuge der CSR-Implementierung oder als Selbstthematisierung – ist daher beides, relativ neu und überfällig. Sie zeugt vom wachsenden Handlungsbedarf im ländlichen Raum und folgt zugleich dem neuen Leitbild einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Die Probleme des ländlichen Raumes sollen nun nicht nur am „Marktrand“ (RÜSTOW 1961, S. 68), sondern auch aktiv und antizipativ durch die Produzenten angegangen werden.

Da diese Probleme ihren Ursprung nicht allein in der Landwirtschaft haben, gilt es bei der Diskussion und Gestaltung konkreter Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume zwei grundsätzliche Handlungsbereiche zu unterscheiden. Zum einen ist es die landwirtschaftliche Produktion selbst. Hier sind die Landwirte angehalten, die wirtschaftlichen Risiken und ökologischen Auswirkungen ihrer Tätigkeit nicht dem Staat oder letztlich Bürgern zu übereignen, sondern im größtmöglichen Umfang zu internalisieren, also zu reduzieren oder als Teil der Produktionskosten mit zu berücksichtigen. Die entsprechenden Maßnahmen in diesem Bereich reichen von der Reduzierung der Geruchsbelastung durch Tierproduktion oder Biogasanlagen über das optimierte Management agrochemischer Abfälle und Verbesserungen in Arbeits-, Tier- und Umweltschutz bis zu vertraglichen Verpflichtungen zur Einhaltung bestimmter Umweltstandards. Diese Maßnahmen sind auch Teil einer Strategie, das Image der Landwirtschaft in der Gesamtgesellschaft zu verbessern.

Zum anderen haben ländliche Räume mit Herausforderungen zu tun, die in keinem direkten Bezug zur landwirtschaftlichen Produktion stehen. Einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität auf dem Lande und seine Attraktivität als wirtschaftlicher Standort haben zum Beispiel der demografische Wandel, allgemeine Trends im Konsumverhalten, gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, aber auch andere Faktoren wie die geografischen und klimatischen Bedingungen. Die damit verbundenen Probleme, wie defizitäre physische und soziale Infrastruktur, Arbeitsplatzmangel oder Verödung des Landschaftsbilds, betreffen neben den landwirtschaftlichen auch breite gesellschaftliche Interessen und sind daher von den Landwirten allein nicht zu bewältigen. Eine enge Zusammenarbeit auf Gemeinde- und Kreisebene, mit NGOs, der nationalen Politik und den Medien ist deshalb erforderlich.

In den beiden Handlungsbereichen wird der Beitrag, den die Landwirte zur ländlichen Entwicklung leisten, letztendlich an der Erfüllung gesellschaftlicher Erwartungen gemessen. Heutige Konsumenten erwarten von den Landwirten ein verantwortliches Wirtschaften, dem Menschen, dem Tier, der Landschaft und zukünftigen Generationen gegenüber. Der Erwartungswandel der Bürger ist folgenreich und richtungsweisend für die Unternehmen. Er forciert ein Umdenken der gängigen Wirtschaftspraktiken und kann sogar zu einer klaren gesellschaftspolitischen Positionierung zwingen (JP KOM / CIVEY 2018). Doch die neuen Erwartungen der Gesellschaft sind nicht nur zahlreich und vielfältig, sondern oft auch gegensätzlich.

Ein zentraler Gegensatz besteht in Bezug auf die optimale Größenstruktur einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Einerseits wird ungeachtet realer Entwicklungsdynamiken die romantisierende Wunschvorstellung einer Landidylle als eines ruhigen, naturnahen Ortes mit kleinen (Bio-) Bauernhöfen, intakter Dorfgemeinschaft und schöner Landschaft gepflegt. Steigende Auflagen von Zeitschriften wie *Landleben*, *Landspiegel*, *Liebes Land* oder *Mein Schönes Land* sprechen für die Popularität dieser Vorstellung als Gegenentwurf zu „Agrarfabriken“, zur Urbanisierung, Technisierung der Lebens- und Arbeitswelt und menschlicher Entfremdung. Diesem Wunschbild steht am anderen Extrem die Erwartung einer modernen, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft gegenüber, die eine große Produktvielfalt an gesunden Lebensmitteln zu günstigen Preisen bereithält.

Obwohl gesellschaftliche Erwartungen an den ländlichen Raum als einen ökonomisch lebensfähigen und sozial wie ökologisch lebenswerten Raum für eine nachhaltige Entwicklung gleichwertig sind, sind sie schwer gleichermaßen zu bedienen. Die kontrovers und stark emotional geführten Debatten über die Zukunft und Ausgestaltung der Landwirtschaft zeigen das überdeutlich. Um die Suche nach begehren Mittelwegen zu ermöglichen, sollen gesellschaftliche Erwartungen daher klar benannt

und einem Realitätscheck unterzogen werden. Auf dieser Grundlage können unterschiedliche Arten des Engagements der kleinen und großen Agrarunternehmen in die ländliche Entwicklung auf verschiedenen Aufgabenebenen abgestimmt werden.

Viele größere Agrarunternehmen handeln überwiegend auf lokaler und manchmal auf regionaler Ebene und tragen so zur Entwicklung ländlicher Räume bei. Die wirtschaftlich stärkeren von ihnen können darüber hinaus regionale Initiativen finanziell unterstützen (z.B. durch Infrastrukturinvestitionen, Vereinssponsoring, Nachwuchsförderung) oder Leistungen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen (z.B. Winterdienste, Katastrophenschutz, freiwillige Fahrdienste im ländlichen Raum). Die Aufrechterhaltung der ökologischen Nachhaltigkeit durch die fachgerechte Praxis wäre eine weitere Möglichkeit, sich in die ländliche Entwicklung einzubringen. Um auf nationaler Ebene Akzente setzen zu können, sind jedoch selbst die größten landwirtschaftlichen Unternehmen zu klein.

Kleinere landwirtschaftliche Betriebe erwirtschaften in der Regel geringere Überschüsse und sind daher selten in der Lage, sich finanziell in die ländliche Entwicklung einzubringen. Allerdings haben sie eine bedeutende anderweitige Rolle: Schon durch den Fortbestand ihrer Unternehmen tragen sie zur Entwicklung (oder zumindest zum Erhalt) der ländlichen Räume bei. Die Hauptansatzpunkte liegen hier deshalb eher auf der immateriellen Ebene (BALMANN et al. 2017b). Zum Beispiel können sie durch die Übernahme eines Ehrenamtes in lokalen Vereinen und Initiativen einen großen Beitrag zur Sicherung der Lebensqualität auf dem Land leisten. Auf diese Weise kann gleichzeitig der Dialog mit der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung gefördert und die gesellschaftliche Entfremdung der Landwirtschaft abgebaut werden.

Die Inflation gesellschaftlicher Erwartungen an die Landwirtschaft ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Ideologisierung und Emotionalisierung der Agrardebatten. Die Landwirtschaft selbst hat sich aus diesen Debatten deutlich zurückgezogen, sodass ihre Kommunikationsrolle zunehmend durch die massenmediale Berichterstattung übernommen wurde. Die Rückgewinnung der Kommunikationshoheit der Landwirtschaft in ihren Belangen ist daher die zentrale Voraussetzung für die Abstimmung der gesellschaftlichen Erwartungen an den realisierbaren Umfang der Unternehmensverantwortung. Die Schaffung einer Faktenbasis (durch z.B. Dokumentation der Modernisierungs- und CSR-Maßnahmen oder Informationsveranstaltungen) kann dabei den konstruierten Feindbildern und unrealistischen Erwartungen die Grundlage entziehen und die Agrardebatte versachlichen.

In dieser Hinsicht haben deutsche Landwirte einen Vorteil: Sie sind im Vergleich zu anderen Berufs- und Bevölkerungsgruppen sehr gut organisiert. Diesen Vorteil gilt es zu nutzen, um die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung mittels berufsständischer Vertretungen über das lokale Engagement landwirtschaftlicher Betriebe zu informieren und einen regulären Meinungsaustausch sowie Kooperationsmöglichkeiten mit verschiedenen Interessengruppen zu etablieren. Eine gemeinsame Lösungssuche für die Weiterentwicklung der ländlichen Regionen sollte dabei im Mittelpunkt stehen.

6 Schlussbemerkungen: Landwirte als Teil der Zivilgesellschaft

Seitdem die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land zum politischen Handlungsziel erklärt wurde, haben sich der ländliche Raum und die Landwirtschaft stark gewandelt. Das hat gegensätzliche gesellschaftliche Wahrnehmungen und widersprüchliche Erwartungen geprägt. Das Land als die Nicht-Stadt wird als rückständig, aber auch als zu bewahrende Idylle angesehen; Landwirte werden als Umweltschänder und Landschaftszerstörer tituliert, erfreuen sich bei Umfragen aber eines sehr hohen Ansehens. Neben konservierenden Vorstellungen des Ländlichen entstehen futuristische Visionen einer modernen Landwirtschaft. Zurzeit scheint aber die Kritik an der ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung zuzunehmen. Allerdings ist es noch nicht zu spät. Die Politik, zivilgesellschaftliche Gruppen, aber auch die Landwirte selbst sind gefordert, Konzepte für die Zukunft ländlicher Räume und ökologisch nachhaltiger Agrarsysteme zu entwickeln und umzusetzen. Die heute wiedererlangte Aufmerksamkeit für den ländlichen Raum als dringendes politisches Handlungsfeld bietet hierfür eine große Chance.

In der Vergangenheit wurde die Diskussion durch den bewussten Gegensatz Land-Stadt geprägt. Diese Dichotomie war sehr anschaulich, wirkt aber heute für das Verständnis des ländlichen Raumes als unzureichend. Sie gibt eine Perspektive vor, aus der der ländliche Raum vorrangig als etwas gesehen wird, was er nicht ist (die Nicht-Stadt), und nicht, was ihn in seiner ökonomischen und außerökonomischen Bedeutung ausmacht. Dennoch setzt sich diese Dichotomie in der ökonomischen Literatur und politischen Fördermaßnahmen der ländlichen Regionen fort. So werden seit Jahrzehnten Förderprogramme zur Stärkung des ländlichen Raumes sowie der Landwirtschaft aufgelegt mit dem Ziel, die vergleichsweise rückständigen Lebensverhältnisse auf dem Land an die städtischen (lies: vergleichsweise fortschrittlicheren) anzugleichen. Ebenso spielt das zivilgesellschaftliche Engagement auf dem Lande eine immer größere Rolle. Beide Ansätze können als Kompensationsinstrumente verstanden werden, die von verschiedenen Seiten und mit

unterschiedlicher Reichweite die negativen Auswirkungen der infrastrukturellen und demografischen Veränderungen aufheben oder zumindest verringern wollen.

Doch beide Ansätze für sich allein sind nur bedingt wirkungsvoll. Zivilgesellschaftliche Organisationen können lediglich kurzfristige punktuelle Lösungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen bieten. Politische Förderprogramme – ob regionale, nationale oder supranationale – können ohne Einbeziehung lokaler Akteure die erhoffte Wirkung verfehlen oder zu politischen Überformungen (z.B. Stärkung der Agrarprivilegien) führen. Seitens der Politik wurde das bereits erkannt, was sich in der Neuausrichtung der Förderprogramme auf Vernetzung mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren (z.B. LEADER-Programm), in der Berücksichtigung der sozialen Kosten der Landwirtschaft sowie in der beginnenden Ablösung der Preissubventionierung durch Förderung lokal initiiertes Investitionsprojekte zeigt (z.B. Maßnahmen der zweiten Säule der GAP). Damit vollzieht die Politik einen Übergang vom sektoralen Ansatz mit Schwerpunkt auf Agrarproduktion zu einer multisektoralen territorialen Perspektive mit zunehmendem Fokus auf ländliche Entwicklung. Die Synthese der ökonomisch-politischen Maßnahmen mit den wertebasierten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten räumt so den unikalen Besonderheiten des ländlichen Raumes und seiner außerökonomischen Bedeutung für eine nachhaltige, demokratische Gesellschaft einen größeren Stellenwert ein.

Für die ländlichen Regionen wird ein neues regionales Selbstbewusstsein gefordert. Dieses speist sich aus den positiven Werten, wie einer hohen Lebensqualität und vergleichsweise intakten menschlichen Beziehungen. Um dorthin zu gelangen, braucht es unter anderem lokale ‚Macher‘, also charismatische Führungspersönlichkeiten, die einen gewissen Weitblick über das Machbare und Verantwortbare haben. Es braucht Menschen mit Mut, Motivation und Visionen, um – wie vom Bundespräsidenten Steinmeier gefordert – „neue Ideen und innovative Modelle“ (SZ.de 2018) für die Stärkung ländlicher Räume zu entwickeln. Als Teil der ländlichen Zivilgesellschaft und aufgrund ihrer langfristigen Gebundenheit an den ländlichen Raum haben Landwirte hierbei eine besondere Aufgabe. Sie können diesen Prozess aktiv mitgestalten sowie auch weitere Bewohner für gemeinsame Ziele und deren Umsetzung vor Ort begeistern (TOP AGRAR 2018).

Gleichzeitig sind die Landwirte gefordert, sich selbstbewusst mit der Öffentlichkeit über Produktionsmethoden, Auflagen und Vorschriften sowie wirtschaftlichen Risiken und Chancen der Agrarproduktion auseinanderzusetzen. Um ein fremdbestimmtes Landwirtschaftsbild zu verhindern, müssen sich Landwirte mehr für die Argumente ihrer Kritiker öffnen und diese Offenheit auch zeigen. Ebenso müssen sie sich noch offensiver in die aktuelle Diskussion zur Zukunft der Landwirtschaft und

der ländlichen Räume einbringen (AGRA-EUROPE 2018b). Erste Schritte werden in dieser Hinsicht schon unternommen (AGRARTICKER 2018), aber weitere müssen folgen.

Abschließend ist festzuhalten, dass ein großer Teil der Landwirte gesellschaftliche Verantwortung vor Ort übernimmt. Sie fühlen sich für den ländlichen Raum zuständig. Diese Leistung muss gerade heute wieder ins Bewusstsein gerufen und gewürdigt werden. Wie stark sich einzelne Landwirte engagieren, hat natürlich verschiedene Gründe und ist besonders mit der wirtschaftlichen Lage des Betriebes, aber auch mit persönlichen Einstellungen und der traditionellen Verankerung des Betriebes vor Ort verknüpft. Die jeweiligen Motive der einzelnen Landwirte und ihrer Familienangehörigen mögen unterschiedlich sein. Aufgabe der Politik ist es, die landwirtschaftliche Bevölkerung inklusive Agrarunternehmen verstärkt für die Notwendigkeit der Mitverantwortung zu sensibilisieren und somit als einen aktiven Mitgestalter im Rahmen der ländlichen Entwicklung zu gewinnen.

Zusammenfassung

Die Probleme der Anderen: Sind Landwirte für den ländlichen Raum zuständig?

Der ländliche Raum und die Erwartungen an ihn haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Die Nicht-Stadt-Perspektive auf das Ländliche ist aber geblieben. Der Beitrag argumentiert, dass diese Perspektive nicht nur überholt, sondern auch folgenreich für den ländlichen Raum ist. Die Stadt-Land-Dichotomie verfestigt sich in den dualistischen wissenschaftlichen und politischen Konzepten zur Entwicklung ländlicher Räume und führt somit zum ungewollten Verkennen der zivilgesellschaftlichen Rolle der Landwirte und ihrer katalytischen Wirkung für integrierte Förderansätze. Der Beitrag diskutiert die Tragweite der existierenden zivilgesellschaftlichen und politischen Ansätze und erklärt ihre hohe ‚Aktivierungsenergie‘ durch die Ausblendung der außerökonomischen Bedeutung von landwirtschaftlichen Akteuren.

Summary

Those are the others' problems: Are farmers responsible for rural areas?

Rural areas and expectations towards them have altered significantly in recent decades while the perspective of them as non-urban areas has remained unchanged. This paper puts forward the argument that this simplistic viewpoint not only falls short of addressing varieties and needs of today's rural areas but also has far-reaching consequences. The urban-rural dichotomy also strengthens dualistic scientific and political concepts of rural development and brings about the unintentional underrating of the social role of agricultural producers and their catalytic effect on integrated rural actions. This paper discusses the scope of existing rural initiatives on the part of civil society groups and policy makers and explains their high 'activation energy' by disregarding the non-economic relevance of agricultural actors.

Literatur

1. AGRA-EUROPE, 2018a: I.M.A. (INFORMATION.MEDIEN.AGRAR E.V.) DISKUTIERT DAS BILD DER BAUERN IN DER ÖFFENTLICHKEIT. AGRA-EUROPE 36/18, KURZMELDUNGEN, 4-5.
2. AGRA-EUROPE, 2018b: Klöckner fordert Abkehr von der Verteidigungshaltung. Agra-Europe 42/18, Länderberichte, 29.
3. AGRARTICKER, 2018: Öffentlichkeitsarbeit: DBV startet "Bürgerdialoge". Agrarticker 4.12.2018, URL: www.agrarticker.de [5.12.2018].
4. BACCHIEGA, A., BORZAGA, C., 2003: The economics of the third sector toward a more comprehensive approach. In: ANHEIER, H., AVNER, B.-N. (eds.): The study of the nonprofit enterprise, Chapter 2. Heidelberg, 27-48.
5. BAISAKOVA, N., HERZFELD, T., 2014: Aspekte der Agrarpolitik 2013. German Journal of Agricultural Economics 63, Supplement, 1-11.
6. BALMANN, A., 2015: Neue Bundesländer – Neue Agrarpolitik. Agrarmanager, 16-19.
7. BALMANN, A., CHATALOVA, L., GAGALYUK, T., VALENTINOV, V., 2016: Gesellschaftliche Verantwortung in der landwirtschaftlichen Tretmühle: Moderne Landwirtschaft, technologische Tretmühle und gesellschaftliche Entfremdung - Folgen, Herausforderungen und Lösungsansätze. In: DLG e.V. (Hrsg.): Moderne Landwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit - Eine kritische Analyse, Band 110, 147-170, DLG-Verlag.
8. BALMANN, A., CHATALOVA, L., VLAENTINOV, V., GAGALYUK, T., 2017a: Von der Schwierigkeit, moderne Landwirtschaft zu akzeptieren. IAMO 2017, Halle (Saale), 11-17.
9. BALMANN, A., CHATALOVA, L., PACKEISER, M., TIETZ, A., WOLZ, A., 2017b: Veränderungen in ländlichen Räumen aktiv gestalten. Frankfurt/M., DLG-Verlag (DLG-Merkblatt 423).

10. BARLÖSIUS; E., NEU, C., (Hrsg.), 2008: Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Materialien Nr. 21 der Interdisziplinären Arbeitsgruppe ‚Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume‘. Berlin, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.
11. BBSR, 2012: Raumordnungsprognose 2030. Bevölkerung, Haushalte, Erwerbspersonen. Bonn, Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).
12. BBSR, 2017: Raumordnungsbericht 2017: Daseinsvorsorge sichern. Bonn, Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).
13. BECKMANN, V., 2000: Transaktionskosten und institutionelle Wahl in der Landwirtschaft: zwischen Markt, Hierarchie und Kooperation. Berliner Schriften zur Kooperationsforschung, Bd. 5, edition sigma, Berlin.
14. BMBF, 2010: Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030: Unser Weg zu einer bio-basierten Wirtschaft. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin und Bonn.
15. BMEL, 2014: Nationale Politikstrategie Bioökonomie Nachwachsende Ressourcen und biotechnologische Verfahren als Basis für Ernährung, Industrie und Energie. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin.
16. BMEL, 2015: Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012. Die Langzeitstudie von dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und dem Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig.
17. BMEL, 2016a: Förderung des ländlichen Raumes. Berlin, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, URL: www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/03_Foerderung/foerderung_node.html [13.01.2017].
18. BMEL, 2016b: Ländliche Regionen verstehen. Berlin, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). URL: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/LR-verstehen.pdf?__blob=publicationFile [29.10.2018].
19. BMEL, 2018: Ländliche Regionen verstehen: Fakten und Hintergründe zum Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen. Berlin, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, URL: www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/LR-verstehen.pdf?__blob=publicationFile [29.10.2018].
20. BMFSFJ, 2010: Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
21. BMWEL, 2018: KombiBus und Frischeküche – Bürgerschaftliche Initiativen im ländlichen Raum. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 18.07.2018. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2018/20180718-kombibus-und-frischekaese-buergerschaftliche-initiativen-im-laendlichen-raum.html> [15.11.2018].
22. BRIEGLEB, T., 2018: Weniger Fleisch, mehr Anarchie. SZ.de vom 23.09.2018, URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/provinz-weniger-fleisch-mehr-anarchie-1.4141216> [24.09.2018].
23. CARROLL, A.B., 1991: The pyramid of corporate social responsibility: Toward the moral management of organizational stakeholders. Business Horizons 34: 39-48.

24. CHATALOVA, L., WOLZ, A., 2019: Globale Entwicklungen, regionale Förderprogramme und zivilgesellschaftliches Engagement. In: NELL, W., WEILAND, M. (Hrsg.): Dorf: Ein interdisziplinäres Handbuch. Kapitel 32, S. 227-234.
25. COLLIER, P., 2008: The politics of hunger: how illusion and greed fan the food crisis. *Foreign Affairs* 87 (6), 67–79.
26. DAVIS, K., 1960: Can business afford to ignore social responsibilities? *California Management Review* 11: 70-76.
27. DEUTSCHER BUNDESTAG, 2018: Wie in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden können. Dokumente. URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw45-de-gleichwertige-lebensverhaeltnisse/575056> [15.11.2018].
28. ENQUETE KOMMISSION, 2002: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Bericht der Enquete-Kommission. Deutscher Bundestag (Hg.), Drucksache 14/8900. Opladen, Leske & Budrich.
29. ESPARCIA, J., ESCRIBANA, J., SERRANO, J., 2015: From development to power relations and territorial governance: Increasing the leadership role of LEADER local action groups in Spain. *Journal of Rural Studies* 42 (1), 29-42.
30. GAGALYUK, T., SCHAFT, F., 2016: Corporate Social Responsibility in Agribusiness. Agricultural Policy Report of the German-Ukrainian Policy Dialogue. URL: https://www.apd-ukraine.de/images/APD_APR_08-2016_CSR_in_Ukrainian_agriculture_eng.pdf [5.3.2017].
31. GENSICKE, T., OLK, T., REIM, D., SCHMITHALS, J., DIENEL, L., 2009: Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland: Quantitative und qualitative Befunde. Wiesbaden.
32. HAMEISTER, N., TESCH-RÖMER, C., 2014: Landkreise und kreisfreie Städte: Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: SIMONSON, J., VOGEL, C., TESCH-RÖMER, C. (Ed.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer, Berlin, S. 549-571.
33. HANF, J. H., KÜHL, R., 2005: Branding and its Consequence for the German Agribusiness. *Agribusiness* 21: 177-189.
34. HEINEN, S., 2015: Corporate Social Responsibility. Analyse der Relevanz und Determinanten am Beispiel der Wertschöpfungskette Schweinefleisch, Schriftenreihe Nachhaltigkeitsmanagement Studien zur nachhaltigen Unternehmensführung, Band 19, Verlag Dr. Kovac, Hamburg.
35. HEIßENHUBER, A., LIPPERT, C., 2000: „Multifunktionalität“ der Landwirtschaft versus Wettbewerbsverzerrungen. *Agrarwirtschaft*, 49(7): 249-252.
36. HEYDER, M., THEUVSEN, L., 2012: Determinants and Effects of Corporate Social Responsibility in German Agribusiness: A PLS Model. *Agribusiness* 28(4), 400-420.
37. INKAR, 2018: Indikatoren und Karten zur Stadt- und Raumentwicklung (INKAR). Der interaktiven Online-Atlas des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. URL: <http://www.inkar.de/About> [30.10.2018].
38. JP KOM / CIVEY, 2018: Jeder dritte Deutsche wünscht sich von Unternehmen eine politische Haltung. Eine Onlineumfrage. URL: <https://www.jp-kom.de/civey-umfrage-deutsche-wuenschen-sich-von-unternehmen-eine-politische-haltung#zusammenfassung> [14.11.2018].

39. KAPP, K.W., 1977: The social costs of business enterprise. Nottingham.
40. KLUTH, W., 2018: Was bewirkt ein Staatsziel zur Förderung des Ehrenamts für die Praxis? Gastkommentar. Stiftung Aktive Bürgerschaft. URL: https://www.aktive-buergerschaft.de/wp-content/uploads/2017/09/logo_a-b_160px-transparent.png [15.11.2018].
41. KRIMMER, H., Priemer, J., 2013: ZiviZ-Survey 2012: Zivilgesellschaft verstehen. Abschlussbericht. Berlin.
42. KRÖHNERT, S., KUHN, E., KARSCH, M., KLINGHOLZ, R., 2011: Die Zukunft der Dörfer Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
43. KÜPPER, P., 2016: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68, Thünen-Institut, Braunschweig.
44. KÜPPER, P., STEINFÜHRER, A., 2017: Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte. Europa Regional 23 (4), 44-60.
45. LEOPOLDINA, 2018: Artenrückgang in der Agrarlandschaft. Was wissen wir und was können wir tun? Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Schriftenreihe zur wissenschaftsbasierten Politikberatung, Halle (Saale).
46. LUHMANN, H., THEUVSEN, L., 2017: Corporate Social Responsibility: Exploring a Framework for the Agribusiness Sector. Journal of Agricultural and Environmental Ethics, 30(2), 241–253.
47. MARGOLIS, J.D., ELFENBEIN, H.A., WALSH, J. P., 2007: Does it pay to be good? An analysis and redirection of research on the relationship between corporate social responsibility and financial performance, Working Paper, Cambridge, UK: Harvard University.
48. MARSZALEK, M., NELL, W., WEILAND, M. (Hgs.), 2017: Über Land. Aktuelle literatur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Dorf und Ländlichkeit. Bielefeld, Transkript Verlag.
49. MÜLLER, H., 2016: Schwache Wirtschaft, rechte Wähler. Auf dem Land regiert der Frust. Spiegel Online vom 31.07.2016. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/stadt-und-land-wo-afd-donald-trump-le-pen-und-co-stark-sind-a-1105526.html> [30.09.2018].
50. MÜNSTERMANN, M., 2007: Corporate Social Responsibility—Ausgestaltung und Steuerung von CSR-Aktivitäten. Wiesbaden: Gabler Verlag.
51. MWW LSA, 2014: Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2014-2020. Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt (MWW LSA), Magdeburg.
52. NORTH, C. D., 1990: Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge University Press.
53. OECD, 2006: The New Rural Paradigm – Policies and Governance. Paris, OECD.
54. OECD, 2007: OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume. Deutschland (2007). URL: http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/OECD-Pruefbericht.pdf?__blob=publicationFile [29.10.2015].
55. POLLACK, D., 2004: Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 16(2), 46-58.

56. PRICK, S., PUTZING, M., WÄHLISCH, B., WALTER, G., WELKER, C., 2017: Es geht auch anders! Kreative Potenziale in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Institut für sozialökonomische Strukturanalysen, Berlin.
57. PRIEMER, J., KRIMMER, H., LABIGNE, A., 2017: Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ-Survey. Zivilgesellschaft in Zahlen, Berlin.
58. SALAMON, L., 2006: Globalization and the civil society sector. In: SOMA, H., STAPLETON, D. (eds.): Globalization, philanthropy, and civil society: toward a new political culture in the twenty-first century. New York, 137-152.
59. SALAMON, L., SOKOLOWSKI, S.W. (eds.), 2004: Global civil society: dimensions of the nonprofit sector, vol. 2. Baltimore.
60. STEINFÜHRER, A., OSIGUS, T., KÜPPER, P., NEUMEIER, S., KREIS, J., PLANKL, R., WOLFF, M., 2016: Landatlas 2016: ausgewählte Kartenbeispiele. Berlin: BMEL, 45 p.
61. SZ.de, 2018: "Möglichst nah dran": Steinmeier in der Uckermark. Süddeutsche Zeitung Online (24.08.2018). URL: <https://www.sueddeutsche.de/news/politik/bundespraesident-moeglichst-nah-dran-steinmeier-in-der-uckermark-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180823-99-666385> [29.10.2018].
62. TOP AGRAR, 2018: Zukunftsforscher: Land bald wieder im Trend. Nr. 9/2018, 15.
63. WILLIAMSON, O., 2000: The New Institutional Economics: Taking Stock, Looking Ahead. *Journal of Economic Literature* 38 (3), 595-613.
64. WOLLMANN, H., 2000: Die traditionelle deutsche kommunale Selbstverwaltung – ein „Auslaufmodell“? *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 41 (1): 42- 51.
65. WOLZ, A., HUBBARD, C., GORTON, M., MÖLLERS, J., BUCHENRIEDER, G., 2012: Introduction and summary of main lessons. In: Ders. (Hrsg.): *Patterns behind rural success stories in the European Union – major lessons of former enlargements*. Halle (Saale), 3-27.
66. WOLZ, A., WEIß, W., HERZFELD, T., 2014: Demographischer Wandel, öffentliche Daseinsvorsorge und Landwirtschaft in den ländlichsten Räumen: Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt. *Berichte über Landwirtschaft* 92 (2): 1-22, URL: <http://buel.bmel.de/index.php/buel/article/view/44> [14.3.2017].
67. WOODS, M., 2011: *Rural*. London, Routledge (Key Ideas in Geography).

Anschrift der Autoren

Dr. Lioudmila Chatalova
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien,
Theodor-Lieser-Str. 2
06120 Halle (Saale), Deutschland
E-Mail: chatalova@iamo.de

Dr. Axel Wolz
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien,
Theodor-Lieser-Str. 2
06120 Halle (Saale), Deutschland
E-Mail: wolz@iamo.de

Danksagung

Dieser Beitrag basiert auf Ergebnissen verschiedener Studien, die in den vergangenen Jahren am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) durchgeführt wurden. Die Autoren danken ihren Kollegen für die Mitarbeit sowie dem WissenschaftsCampus Halle - Pflanzenbasierte Bioökonomie und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die finanzielle und organisatorische Unterstützung. Ein spezieller Dank gilt den Gutachtern für ihre wertvollen kritischen Anmerkungen und Korrekturen.